

11.06.2018

Mündliche Anfrage

für die 28. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 13. Juni 2018

Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen

18 Abgeordnete Monika Düker

Was will die Landesregierung für eine zügige Reform und den Erhalt der Grundsteuer in den NRW-Kommunen tun?

Mit der Entscheidung vom 10.04.2018 hat das Bundesverfassungsgericht die aktuelle Gestaltung der Grundsteuer samt Jahrzehnte alter Berechnungsgrundlagen für verfassungswidrig erklärt und dem Gesetzgeber eine Frist bis Ende 2019 eingeräumt, um eine Neuregelung zu schaffen. Diese Neuregelung ist für die Kommunen in NRW unbedingt notwendig, da die Grundsteuer sonst als eine der wichtigsten kommunalen Einnahmequellen wegbricht und tiefe Löcher in die Haushalte reißt. Aktuell erhalten Kommunen bundesweit rund 14 Milliarden Euro aus dieser Steuerart. Etwa 3,6 Milliarden Euro erhalten die Kommunen in NRW.

Trotz unmittelbarer Ankündigung des NRW-Finanzministers mit seinen Amtskolleginnen und -kollegen in Bund und Ländern „zeitnah eine zukunftsfeste Lösung zu erarbeiten“ (Pressemitteilung des Ministeriums der Finanzen NRW vom 10.04.2018), sind bis heute keine entsprechenden Bemühungen oder gar Ergebnisse erkennbar. Während sich zahlreiche kommunale Vertreterinnen und Vertreter, Initiativen und Verbände etwa hinter einem Modell der Bodenwertsteuer versammeln und sich 14 der 16 Bundesländer in der

Datum des Originals: 11.06.2018/Ausgegeben: 11.06.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Vergangenheit bereits für ein Kostenwertmodell ausgesprochen haben, ist aus den Beratungen der Finanzministerinnen und -minister im Rahmen der diesjährigen Jahresfinanzministerkonferenz am 25. Mai 2018 in Goslar keine zielführende Initiative oder Entscheidung bekannt.

Frage:

„Was unternimmt die Landesregierung, damit es möglichst bald zu einer Lösung im Konflikt um die Grundsteuerreform kommt und die NRW-Kommunen Sicherheit zum Fortbestand einer ihrer wichtigsten Einnahmequellen erlangen?“